

Mit Godard zwischen Marx und Foucault

Internationale Konferenz *Democracy & Resistance*, Justus-Liebig-Universität Gießen, 18.–20. Juni 2012

Alexander Struwe*

Zwischen Demokratie und Widerständigkeit scheint es intuitiv einen Zusammenhang zu geben. Man kann Widerstand als demokratisches Recht, als Tugend gar, auffassen, vielleicht sogar quasi als Ausdruck demokratischer Subjektivierung. Andererseits lässt sich Demokratie in der Tat auch als die Sorge dafür verstehen, Formen der Meinungsbildung und des Einspruchs solchermaßen in den politischen Prozess einzubinden, dass sie sich nicht in Widerstand Bahn brechen müssen. Ist Widerstand also legitim, subversiv oder schlicht ein demokratisches Krisenphänomen? Angesichts der vielfach beschworenen Symptome einer Postdemokratie scheint Widerstand vor allem als Reaktion und damit als Praxis der Krisenbewältigung, der Überwindung, gelten zu können – als das Korrektiv eines nicht eingelösten Versprechens. Das Verhältnis, welches sich daraus ergibt, wäre folglich eine Art naiv-dialektische Spannung, die in der Vermittlung der beiden antithetischen Pole die Aussicht auf eine Lösung des Widerspruchs affirmiert.

Ebendiese Spannung sei es auch, die – nach Angabe der Veranstalterinnen *Regina Kreide* (Gießen) und *Petra Gimplová* (Gießen) – das Tagungsprogramm zur internationalen Konferenz *Democracy & Resistance*, vom 18. bis zum 20. Juni in Gießen, motivier-

te und die sich in vielerlei Formen wie ein roter Faden – und durchaus auch als Konfliktlinie – durch die Tagung zog. Denn so wie der Zusammenhang zwischen Demokratie und Widerstand ein dialektischer sein könne, so sei Widerstand selbst als Vermittlung aus bloßer Partizipation und revolutionärem Umbruch zu fassen, er bestätige also weder das Bestehende noch negiere es radikal. Ebenso ist auch Demokratie von Spannung durchzogen, von beispielsweise scheinbar formaler Stabilität und der gleichzeitigen Degeneration ihrer Grundpfeiler, was sich nicht zuletzt in der europäischen (Finanz- oder Schulden-) Krise ausdrückt. Begriffen als solche Spannungspole, als krisengeschüttelte Ordnung einerseits und andererseits deren affirmierte Widerständigkeit, ließen sie sich eventuell zu einer neuen Ordnung synthetisieren – so jedenfalls könnte die Hoffnung gedeutet werden, die, wie Banu Bargu am zweiten Tagungstag ihre nächtliche Eingebung präsentierte, das Tagungsprogramm in diesem Sinne anleitete: Als eine quasidialektische Versöhnung zwischen der in der Krise befindlichen Demokratie und ihrem Gegenüber, dem vielfältigen Widerstand, zu einer neuen „revised“ Form.

In diesem Sinne galt es im ersten Teil der Konferenz eine Art Bestandsaufnahme vorzunehmen, ein Verständnis der *Democracy in Crisis* zu entwickeln – sowohl als politisches Phänomen wie auch als theoretisches Kon-

* Alexander Struwe, B. A., Goethe-Universität Frankfurt, Kontakt: alex.struwe@stud.uni-frankfurt.de

zept. In dem Panel *Democratic Alienation* wurde diese Krisendiagnose vor allem prominenterweise von *Wendy Brown* (Berkeley) in ihrem Vortrag zu *Austerity Politics and Sacrificial Citizenship* als ein Portrait der neoliberalen Hegemonie artikuliert, welches während der gesamten Tagung oft und zustimmend wieder aufgegriffen wurde. Die Transformation zu einer alleinigen und alternativlosen Deutungsform im wirtschaftlichen Sinne, die Entpolitisierung weiter Felder und die damit notwendigerweise einhergehende Entdemokratisierung, die Veränderung politischer Subjektivität und Subjektivierung bis in den Alltag hinein, all das deutete Brown zusammenfassend als eine foucault'sche Form der „production of reason“, im Sinne einer neoliberalen Rationalität. Die darin immer weiter fortschreitende Kolonisierung der Bedeutungswelt erreiche demnach in der Austeritätspolitik ihren vorübergehenden Höhepunkt. Nicht nur die veränderte Beziehung zwischen Subjekt und Staat, sondern auch die Transformation dieser Konzepte an sich kulminierte im *sacrificial citizenship*. So nämlich das individualisierte Subjekt nur noch selbstoptimierendes Humankapital innerhalb einer sich zur wirtschaftlichen Unternehmung transformierten staatlichen Gemeinschaft darstellt, kann im Sinne des omnipräsenten Wettbewerbsprinzips der Einzelne für das Überleben eines Ganzen geopfert werden. Mit Hilfe dieser neuen Semantik ließen sich gesellschaftliche Stratifizierung und Ungleichheit hinter einem Vokabular von *best-practice*, *governance* und *multi-party decisions* verstecken.

Browns Analyse mochte damit zwar einen gewissen *common sense* in der Krisendarstellung des entpolitisierenden Neoliberalismus treffen, dieser verlief sich aber in durchaus unterschiedlichen Betonungen von Krisenaspekten aus differenten normativen Standpunkten heraus. Browns fast schon pathetischer Appell, aus dem analytischen Verständnis des „beast before us“ eine konkrete und optimistische Perspektive für Protest und Widerstand zu formulieren, führte damit direkt zum titelgebenden Spannungsverhältnis zurück. So musste auch Brown zugeben: „I'm

hanging somewhere between Marx and Foucault“, und somit, dass auch sie nicht sagen könne, ob es einer strukturellen Perspektive im großen Stil oder einer mikropolitischen Konzentration auf die Diversität von Praktiken und deren Geltung bedürfe.

Schon der Anschlussbeitrag *Hartmut Rosas* (Jena) zeigte in einer soziologischen Analyse mit dem Titel *The Politics of Speed and the Loss of Resonance*, dass sich das Potential zu einer einheitlichen Stoßrichtung schnell erschöpft. Seine Herleitung eines Demokratie-defizits aus dem Verlust von Resonanz in der zwar spezifisch modernen, aber mithin überstrapazierten Beschleunigung deutete ein erhöhtes Maß an Entfremdung zwischen der Demokratie und ihren Subjekten. Dabei sei die notwendige Ausgliederung von Entscheidungsfindungen im Angesicht einer zunehmenden Anzahl von Entscheidungsfragen bei gleichzeitiger Abnahme von Zeit nur eine Facette des gesteigerten Effektivitätsdrucks auf die Politik, welcher diese immer mehr von den Betroffenen abkoppelt. Seine optimistische Perspektive in Richtung *liquid democracy* als ein probates Gegenmittel zur Entfremdung – indem man die komplexen demokratischen Entscheidungsvorgänge wieder an eine Sphäre der Resonanz binden könne – stieß dabei aber nicht nur bei Wendy Brown auf Widerspruch. Sei dies nicht nur eine reduzierte Analyse des Fehlers im System, statt der eines fehlerhaften Systems selbst?

In diese Richtung schaute eher *Hauke Brunkhorst* (Flensburg), der die Krise der europäischen Demokratie in der institutionellen Beschränkung von Alternativräumen einer *public opinion* verortete. Er zeigte in seinem Beitrag zu *Crisis of Democracy in Europe* anhand der Europäischen Verträge, die sich konsequent gegen eine Konstitutionalisierung der Gemeinschaft richteten, wie sich das Kernprinzip Freiheit gegen die Menschen selbst richte, indem es Staaten an internationale Märkte binde und unkontrollierbare Akteure ermächtige. Sein Votum für eine institutionelle Demokratisierung auf supra- und internationaler Ebene zielte daher eher auf die demokratisch kontrollierte Ausübung und damit

Anerkennung von Macht ab, statt der illusorischen Überwindung entsprechender Verhältnisse. Seine Hinwendung zu sozialistischer Konzeption löste dabei Browns Dilemma klarer in Richtung Marx auf, musste sich hingegen aber wieder den Vorwurf eines optimistischen Formalismus in Kumpanei mit liberalem Reformismus gefallen lassen (Andreas Kalyvas).

Ganz anders verortete sich schließlich Jodi Dean (Geneva, NY) mit ihrem Vortrag zu *Occupy Wall Street: Claiming Division*, in dem sie im Dienste der Bewegung konsequent Partei ergriff. Sie stellte vor allem drei wichtige Funktionen der – wohl vor allem auf die USA bezogenen – Occupy-Bewegung heraus. Diese sei, als eine Repräsentation des Bruchs zwischen kapitalistischer Ordnung und Bevölkerung, eine neue politische Form, die einer Klassentrennung zeitgemäßen Ausdruck verleihe und somit eine Subjektivierung und Kollektivierung sowie schließlich auch Repräsentation ermögliche. Indem gerade die Negativität der Bruchstelle inkarniert werde, sei Occupy nicht auf substantielle Identitäten und formale Exklusion angewiesen, sondern verkörpere den reinen Abstand zwischen der Klasse der Besitzenden und der, im Rancière'schen Sinne, Anteillosen. Ihr kompromissloser Optimismus handelte ihr aber bittere Kritik unter anderem von Wendy Brown ein, da sie einen moralisierten Antagonismus zwischen der guten, wahrhaftigen Bewegung und dem bösen, lügnerischen Anderen zeichne, der einer komplexen Krisensituation nicht angemessen sei.

Entsprechend dem gegenüberliegenden Spannungspol widmete sich der zweite Tagungstag dem Widerstand und seinen Formen. In einem Auftaktpanel zum Umreißen des thematischen Rahmens und der vielfältigen Bezugspunkte (*resistance, revolution, democracy*), beleuchtete zunächst Christopher Thornhill (Glasgow) aus einer systemtheoretischen Perspektive den Zusammenhang von *revolutionary constituent power* und der *transnational constitutional order*. In einer vielleicht etwas unsystematischen Aufarbeitung präsentierte im Anschluss Rada Iveković

(Paris) ihre Thesen zum Wandel der semantischen Konzepte *Sovereignty, Resistance, Citizenship and Subjectivation in a New Context* zu einer nahezu vollständig postpolitischen Bedeutung. Diese tiefgreifende Transformation des Bedeutungssystems nach 1989 ließe sich eben an den Konzepten zur Beschreibung unserer politischen Realität nachvollziehen, also nicht zuletzt auch an unserer Vorstellung von Demokratie, der entpolitisierten Governance anstelle demokratischer Entscheidungsfindung oder dem Wandel von Souveränität zur Gouvernamentalität. Die gesamte politische Sphäre (politics) sei also durch wirtschaftliche Rationalität (economy) substituiert, sodass Banken zum „only political subject“ wurden.

Mit dieser an Brown anschließenden Analyse folgte sie auch direkt deren Aufruf zur Entfaltung einer emanzipativen Perspektive und plädierte für eine bewusste Hinwendung zu alternativen Konzepten, die von der westlichen Moderne und ihrer spezifischen (neoliberalen) Rationalität sukzessive verdrängt wurden. Wenn es auch eine missverständliche Formulierung war, so läge der momentanen Krise der Demokratie gerade die einseitige Normativität des Politischen zugrunde, die nicht mehr reflektiert werden könne. Sie ließe sich allerdings erkennen, wenn alternative Konzeptionen und Semantiken aus anderen, beispielsweise post-kolonialen Kontexten herangezogen würden. Exemplifiziert an Beispielen aus China oder Indien, anhand von subjektloser Philosophie und chinesischem Demokratieverständnis, könne eine repolitisierte Semantik entworfen werden. Liest man, so wie Iveković, die Entpolitisierung von Widerständigkeit und konkreten Praxen des Widerstandes als eine neoliberale Taktik, so müsse sich Widerstand zunächst selbst wieder als unmissverständlich politisch verstehen.

In einer sehr angeregten Diskussion griffen viele Wortmeldungen den Vorstoß Ivekovićs auf und brachten so fruchtbare Beiträge für das weitere Vorgehen. Jane Mansbridge initiierte eine Debatte um die Konzeption von Widerstand an sich, indem sie auf die Vielfäl-

tigkeit verwies, in der der Begriff zur Verwendung komme. Schließlich ließen sich Formen des Widerstandes nur kontextualisiert begreifen, als Teil also von politischen Bewegungen. Dies impliziere aber, nach Hartmut Rosa, auch die nicht bloß reaktive Beschaffenheit, sondern einen mithin immanent kreativen und schöpferischen Charakter. Wendy Brown verwies hingegen auf die Schwierigkeit der Aneignung von subalternen oder postkolonialen Epistemen, so sich diese nicht in einer folkloren Verklärung oder westlichen Instrumentalisierung erschöpfen sollen. Trotzdem schien die von Iveković formulierte Hoffnung und Strategie dem sehr nahezu kommen, was am Vortag im Anschluss an Brown als eine schier unmögliche epistemologische Revolution aufgegeben wurde. Gerade diesen Pessimismus ließ Iveković nicht gelten (und Brown selbst hatte zugegeben, dass ihr Verwerfen einer solchen radikalen Umgestaltung von neoliberal zersetzten Semantiken wohl nur daran liege, dass sie selbst nicht mehr an Revolutionen im Allgemeinen glaube) und stimmte Hauke Brunkhorst zu, der in der konkreten Auseinandersetzung und solidarischen Hinwendung zu gemeinsamen Kämpfen die Möglichkeit zur Generierung solcher Projekte vertrat.

Wesentlich konkreter ging es im weiteren Panel zu *Resistance and Violence* dann um bestimmte Widerstandspraktiken vor dem Hintergrund der Gewalt und in diesem Sinne eben auch der Legitimität und Illegitimität von Widerstand. Robin Celikates (Amsterdam) beleuchtete so das Phänomen des zivilen Ungehorsams (*Civil Disobedience and the Question of Violence*) als ein zwiegespaltenes, zwischen demokratisch konstruktiver Praxis und der Missachtung des formalen Regelwerkes der Gesellschaft. Dabei kritisierte er die Diskreditierung des Ungehorsams als strategisch einem zu engen liberalen Paradigma verhaftet, um so bestimmte Widerstandsformen kategorisch auszuschließen. Es bedürfe demnach einer weniger normativ aufgeladenen Definition, als es Rawls und Habermas vorgaben. Deren Vorstellungen betonten grundsätzlich den symbolischen und gewalt-

losen Charakter, wobei doch aber gerade die Frage der Gewalt eine überkomplexe sei. Ist Gewaltverzicht auch gegen Eigentum geboten? Oder wie verhält es sich bei Straßenblockaden? Anhand der zutiefst uneindeutigen deutschen Rechtsprechung dazu konnte er pointiert die Schwierigkeiten einer distinkten Gewaltzuschreibung aufdecken. Sein Plädoyer für ein Verständnis von zivilem Ungehorsam, das sich gleichermaßen von purer Militanz und reiner Symbolik absetzt, sollte dabei der komplexen Struktur demokratisch notwendiger Widerstandspraktiken gerecht werden. Gerade aber die von ihm gewünschte normative Neutralität stößt an ihre Grenzen, wenn es, wie Andreas Kalyvas anmerkte, um die Vereinnahmung der Praktiken durch beispielsweise rechte Gruppen geht, die sich dadurch als demokratische BürgerInnen gerieren könnten. Wie Celikates festhielt, und damit eben auch seinen normativen Standpunkt mit einfließen ließ, müsse sich der Ungehorsam als zivil verstehen, nicht in dem Sinne, dass er nicht militant sei, sondern vom Subjekt des *citizen* ausgehe, was für ihn die Besetzung durch radikale Rechte ausschließe. Trotzdem komme gerade die Abkehr von einem kategorischen Gewaltverzicht per definitionem in die konzeptionelle Nähe zu Terrorismus beziehungsweise ließe sich schwer davon abgrenzen, wie Hartmut Rosa und Jodi Dean feststellten.

Auch Banu Bargus (New York) Vortrag zu *Biopolitics and Human Shields* griff den ambivalenten Gewalttopos wieder auf. Ihre Reflexion über das Subjekt des menschlichen Schutzschildes verortete dieses in einer strategisch wichtigen Funktion für die Analyse der biopolitischen Transformation von Kriegsführung und Machtausübung. Indem menschliche Schutzschilde eben nicht mehr nur als unfreiwillige Opfer von Militärstrategien, sondern in freiwilliger Widerstandsform zu beobachten seien, erzeugten sie eine bedeutende Bruchstelle in der glatten Oberfläche der in humanistischer Ideologie amalgamierten biopolitischen Kriegsführung und Souveränität. Nicht nur, dass sie es im klassischen Sinne verstünden, moralische Empörung und Empa-

thie durch die Verkörperung eines (ungerechten) Gewaltexzesses zu erzeugen, sie würden eben auch den unklaren Status von Zivilist (als BürgerInnen, Rechtssubjekte etc.) dislozieren, indem die dichotome Teilung zwischen KombattantIn und ZivilistIn durch ihren Quasikriegseintritt in Frage gestellt werde. In dieser Funktion seien sie eben als eine radikale Kritik der humanisierten Kriegsführung à la Präzisionsbomben oder *Responsibility to Protect* zu verstehen, indem sie den rohen Gewaltakt wieder in die entpolitisierte und scheinbar von Gewalt bereinigte Konfrontation einführen. Wie Bargu zusammenfasste: „they will always fail in stopping violence but will keep our focus to that“. Auch wenn Andreas Kalyvas kritisch anmerkte, dass eine solche Widerstandsform nicht per se emanzipatorisch sei, denke man nur an den so produzierten Einsatz von Kindern, konnte man sich doch darauf einigen, dass – wie es das ‚Schild‘ als Metapher schon besagt – ein Instrument immer an der Intention des Einsatzes zu messen sein müsse. So regte der Vortrag eine Reihe von Anmerkungen an, die die beschriebene Funktion des Schutzschildes auf andere Beispiele ausweiteten, wie den *tank man* vom Tian’anmen-Platz oder aber den Einsatz von großformatigen Fotografien von Familienangehörigen, die als Schutz vor der polizeilichen Räumung bei Occupy-Protesten in New York eingesetzt wurden, sodass die Polizei quasi Gewalt gegen ‚unbeteiligte‘ Familien ausübe.

In einem weiteren – eher kultur- und medienwissenschaftlich inspirierten – Panel zu *Mass, Culture, Politics* wurde entgegen der individualisierten Widerstandsform Bargus der Aspekt der Vielheit oder Masse in den Vordergrund gerückt, der zweifelsohne im Nachdenken über Widerstand seinen Platz finden muss. Gertrud Koch (Berlin) arbeitete dafür die ästhetische Entwicklung der *Mass and/as Medium* heraus, indem sie von Walter Benjamin über Baudelaire und Spinoza die Ambiguität der Repräsentation und Repräsentierbarkeit der Masse problematisierte. Ist die Masse also nur ein leerer Terminus für jegliche Form der Zusammenkunft von Vielen

oder aber – wie Benjamin mit Deleuze d’accord gehen würde – ein Name für ein unrepräsentierbares Subjekt von Pluralität? *Juliane Rebentisch* (Offenbach) positionierte sich im Beitrag *Theatrocracy: The Scene of Democratic Sovereignty* klar zu zweiterer Lesart und beschrieb die Masse als reine Potentialität, die sich nicht positivieren lasse. Diese *multitude* sei demnach unmöglich repräsentierbar und müsse doch gleichzeitig notwendigerweise eine Form der Repräsentation finden (politisch und ästhetisch), die im besten Fall demokratisch zu organisieren sei. Dies deute auf die grundlegende demokratische Spannung zwischen der Masse und dem Demos zurück, die Rebentisch in einer Abhandlung an Platon herausarbeitete. Denn dieser Schritt der Subjektivierung eines Demos unterscheide die Demokratie grundlegend von Platons Idee der Herrschaft der Massen als bloßes „foolish theatrical audience“.

Schließlich erreichte die Tagung einen bis dahin unerreichten Kulminationspunkt inhaltlicher Diskussion, mit dem Round Table zu *Economic Crisis and Democratic Resistance*, an dem man, wie Moderator *Stefan Gosepath* (Frankfurt) anmerkte, mit *Timothy Sinclair* (Warwick) glücklicherweise sogar einen Wirtschaftswissenschaftler auf dem Podium sitzen hatte. *Rahel Jaeggi* (Berlin) gab zunächst zu bedenken, dass der, angesichts der neuen Formen des Kapitalismus, sich verändernde Ausgangspunkt einer Kritik nicht mehr zulasse, eine bloß funktionale, moralische oder ethische Kapitalismuskritik zu üben. Vielmehr bedürfe es der Artikulation einer alle Aspekte verbindenden, demokratischen Kritik, die aber vor dem Hintergrund der Verwobenheit von Kapitalismus und Demokratie von einem sozialistischen Standpunkt aus vertreten werden müsse. *Ina Kerner* (Berlin) holte das Podium nach eigener Aussage „back to reality“, indem sie das Wesen der ökonomischen Krise zu umreißen versuchte. Dazu gehöre die zwar regionale Entstehung (USA, EU etc.), aber eben auch die globale Verteilung der Konsequenzen, ebenso wie die Abwälzung der Folgen auf die tendenziell am schlechtesten gestellten Gesell-

schaftsmitglieder (Frauen, Erwerbslose etc.) durch beispielsweise soziale Kürzungen. Demnach sei zwar eine akute Krise zu beobachten, der eigentliche Krisenzustand als Nord-Süd-Asymmetrie aber keine Neuerung. Mehr oder weniger schloss Yuval Eylon (Raanaana) daran an, indem er ausgehend von den israelischen Protesten des Vorjahres über das Potential zu einer globalen Protestbewegung und deren Schwierigkeiten sprach. Hingegen widmeten sich der Rechtswissenschaftler Thilo Marauhn (Gießen) und Timothy Sinclair den Gegenmaßnahmen zur Krisenbewältigung, indem Marauhn die wichtige Funktion Internationalen Rechts als die eines notwendigen Rahmen zur politischen Ausgestaltung herausstellte und Sinclair schließlich die Rolle der Regulation als Eingriff in die Regeln, aber nicht die Natur des Spiels beschrieb. Beide waren sich in etwa einig, dass es legaler und politischer Supervision bedürfe, angetrieben durch politischen Willen.

Angesichts der Breite des Themas und der differenten Herangehensweisen an wiederum verschiedene Aspekte des Themas, war es kaum verwunderlich, dass sich die anschließende Diskussion in Anmerkungen oder weiteren Problemschilderungen erschöpfte. So musste Stefan Gosepath zusammenfassen: „We didn't solve the crisis, but I hope we have a better view on it.“ Schließlich drängte aber auch ein weiterer Höhepunkt auf das Ende der Diskussionsrunde, nämlich die per Internettelefonie hergestellte Zuschaltung von Costas Douzinas (London), den die Wahlergebnisse in Griechenland von der Konferenzteilnahme abgehalten hatten, weswegen sein Beitrag am ersten Tagungstag entfallen musste und auf diesem Wege nachgeholt wurde. Seine Ausführungen zu den aktuellen Widerständen in Griechenland und Athen stellte er vor den Hintergrund des Privilegs und der Bürde der radikalen Linken, in der Krisensituation die Idee Europas überleben zu lassen. So müsse sie, wie er – so er doch Hamlet ähnlich eigentlich nur mit sich selber spricht und doch gleichzeitig im Tagungssaal geisterhaft seine Stimme ertönt –, als Gespenst in Europa umgehen.

Trotz umfangreicher Krisendiagnosen und perspektivischen Einblicken in die Formen und Möglichkeiten des Widerstands, rechnete mit einer tatsächlich dialektischen Synthese am letzten Tagungstag zu *Democracy Revisited* wohl niemand ernsthaft. Dass die wiederentdeckte Demokratie sich als radikalere verstehen müsse, machten aber im ersten Panel zu *Radical Democracy Today* sowohl Andreas Niederberger (Frankfurt) als auch Andreas Kalyvas (New York) klar. Ersterer stellte sein Konzept des *Constellational Citizenship* in den Mittelpunkt des Beitrages zu *Participation Reconsidered*. Dieses begegne dem grundsätzlichen Problem der Ungleichheit im Status der Menschen, dass nicht allein aus der geschlossenen Struktur heraus gelöst werden könne, innerhalb welcher der Status gilt. Demnach müsse der Fokus von der Veränderung abgeschotteter gesellschaftlicher Entitäten hin zu mehr Exklusion auf die Einwirkung auf diese Strukturen eben von außen beziehungsweise aus parallelen oder übergreifenden Strukturen heraus verlagert werden. So ergebe sich eine Konstellation aus unterschiedlichen Zugehörigkeiten, die wiederum eine „strong and contestatory shared legislation“ ermögliche, wie sie einem radikaldemokratischen Ideal entsprechen könne. Das dies nicht unbedingt der Fall sein müsse, merkte vor allem Kalyvas an und verwies auf die Grenzen einer solchen kontestatorischen Praxis.

In seinem eigenen Beitrag verknüpfte er den demokratischen Widerstand mit der verfassungsgebenden Gewalt (constituent power) als quasi deren Ursprung. Von Marsilius von Padua leitete er dafür eine Genealogie des Souveränitätskonzepts eben als diese konstituierende Kraft her. Marsilius sei demnach der erste, der diesen Gedanken aussprach, sodass sich dieser über verschiedene Theorieansätze zur Idee eines Rechts auf Widerstand entwickeln konnte. Diese zentrale Deutung liege zum zeitgenössischen Mainstream-Gebrauch quer, insofern als dass die konstituierende Kraft in einem „ideological move“ gerade gegen Widerstand und zur Stabilisierung des Systems verwendet werde, obwohl sie in die-

ser radikaldemokratischen Lesart den Widerstand gerade als Ausdruck der *constituent power* versteht, als demokratische Praxis „to resist their just rulers“. Zahlreiche Nachfragen und Anmerkungen, konzeptioneller aber auch inhaltlicher Art, schlossen sich an Kalyvas Ausführungen an. Könne man Marsilius als einen radikalen Demokraten lesen (Celikates)? Lässt sich die *constituent power* überhaupt ohne ihre Manifestation in der Exekutive denken (Bargu)? Ist Widerstand demnach wirklich immer nur kollektiv und revolutionär denkbar (Kreide, Gumplová)? Zusammenfassend beschrieb Kalyvas sein Anliegen als eine Form, den Platzhalter der Souveränität – den Staat – in Frage stellen zu können: „Do we want to live with a leviathan? I think not.“

Die Antwort auf die Krise aber lediglich in einer – mehr oder minder – widerständigen Form von Partizipation zu verorten und damit auch Gefahr zu laufen, einem progressiv-optimistischen Pathos anheimzufallen, problematisierten im nächsten Panel zu *Rethinking the Political* zunächst Yves Sintomer (Paris/Berlin) und danach Oliver Marchart (Luzern). Sintomer nutzte die Frage *Citizen Participation – A Response to the Global Crisis?* als Ausgangspunkt für eine vorsichtige Zukunftsprognose. Die paradoxe Ausgangssituation eines zunehmenden Protests bei gleichzeitiger Ausdehnung formaler Demokratien sowie der Doppelbewegung von basisorientiertem Protest und einer Fixierung auf charismatische Führungspersönlichkeiten deutete er dabei als eine tiefe Repräsentationskrise. Diese drücke sich in allen Dimensionen der Repräsentation aus und bedinge einen Fokus auf Formen der demokratischen Repräsentation jenseits von Wahlen. Somit ließen sich Trends in Richtung deliberativer oder direkter Demokratie feststellen, die ihn dazu veranlassten, in einer „new democratic revolution“ ein relativ realistisches Szenario zu sehen, im Gegensatz zu Perspektiven wie der institutionalisierten Technokratie, einem von Negri inspirierten „victory of the margins“ oder einer Rückwärtswende zu „classical politics“. Dass diese Revolution aber kein Selbstläufer sei, betonte Sintomer mit dem Aufzeigen weiterer

möglicher Entwicklungen wie der fortschreitenden Entpolitisierung, einer autoritären Vereinnahmung der Demokratie nach ungarischem Vorbild oder schließlich auch dem schlichten Kollaps wie in Griechenland. Wie aber ein Hinwirken auf dieses Projekt aussehen könnte, von dieser Prognose distanzierte sich Sintomer schließlich auch, mit dem Hinweis, dies müsse am Schlusspunkt der Tagung von Jane Mansbridge und Rainer Forst herausgearbeitet werden.

Oliver Marchart wies auf andere Art ebenfalls jede lineare Vorhersage ab und portraitierte seinen Beitrag zu *Democratic Protest and Its Discontents* als eine klassische Ideologiekritik. Mit dem schönen Exempel des neuen Werkes von Luc Godard, *Film Socialisme*, der in Montage-Form der Geschichte der europäischen Linken nachspürt, führte Marchart seine Überzeugung aus, jedes Streben nach purer oder reiner Identität verleugne den immanent politischen Charakter dieser Identitätsbildung. Godard lässt seine Spurensuche an der Metapher des Kreuzfahrtschiffes entlanghangeln, welches die verschiedenen Stationen der ‚Linken‘ abfährt. Lakonisch wies Marchart darauf hin, dass Godards Schiff kein anderes als die Costa Concordia war, die nunmehr vor der Insel Giglio auf Grund liegt. Abgesehen von dieser tragischen Metapher bot Godard noch einen weiteren Anknüpfungspunkt, den Marchart als Antwort auf die Frage nach klaren Perspektiven anbrachte: das Werkzeug der Montage, bei der durch die Kombination und den Bruch zweier Bilder beim Betrachter ein drittes entstehe, welches eben nur bedingt vorhersehbar sei. Vor diesem Hintergrund begann seine Analyse, dass der gegenwärtige Protest vielerorts dadurch gekennzeichnet sei, dass er in tiefer demokratischer Verwurzelung auf die Demokratisierung der Demokratie dränge. Dies gehe aber wiederum nicht selten mit einem Wunsch nach klarer Orientierung in einer multipolaren und unübersichtlichen Welt einher. Doch gerade die demokratische Gründung in der Grundlosigkeit eines postmetaphysischen Zeitalters müsse der inhärenten „de-purification“ Rechnung zollen, da sie

sonst in die Falle der Entpolitisierung tappe. Badiou, das Unsichtbare Komitee und nicht zuletzt auch Žižeks Bemühungen um einen „clear break“ ließen solche apolitischen Muster erkennen. Ein so formulierter Wunsch nach unvermittelter, reiner Politik beschneide immer den Kern des demokratischen Dispositivs, welches sich gerade in einem intrinsischen Defizit auszeichne, das es partikular und stets nur prekär auszufüllen gelte. Der Widerspruch, der Marchart aus den Reihen des Podiums entgegensprang, war größtenteils aus normativem Einspruch oder aber Missverständnissen motiviert. Bei seinen New Yorker KollegInnen sorgte er vor allem durch die deutliche Absage an anarchistische Phantasien der Herrschaftsüberwindung für Unmut – die er als „infantile disorder“ abtat –, sodass man ihm von dieser Seite einen Kampf gegen den Feind im Inneren vorwarf.

Schließlich beendete ein Panel zu *Deliberative Democracy and Radical Politics* den letzten Konferenztag. Jane Mansbridge (Cambridge, MA) eröffnete darin mit einem Plädoyer nicht nur für, sondern auch gegen den Widerstand, indem sie diesen zwar für sich selbst und für ihre gesamte Generation als einen Motor der Entwicklung und Forschung präsentierte, sich schließlich aber dafür aussprach, das produktive und schöpferische Moment, den kreativen Aufbau nicht zu vergessen. In diesem Sinne sei eben auch ein *Resisting Resistance* wichtig. Denn schließlich ginge es um nicht weniger als die demokratische Organisation der Macht und des Zwangs, zur Lösung der alle Kollektivgüter betreffenden *collective action problems*. Es sei demnach unsinnig, die Existenz von geheimen Verhandlungen und langen Ketten der Delegation überwinden zu wollen, so sie doch als notwendige Konsequenzen der Macht eben demokratisch umstrukturiert werden müssten. Diese Aufgabe ließe sich mit bloßer Widerständigkeit – die sie damit schlicht auf ihre destruktive Dimension beschränkte – nicht lösen. Und so nutzte sie ein Gruppenexperiment im Auditorium zum Problem des kollektiven Handels dazu, Hoffnung zu bereiten, eine demokratisch in die Verantwortung

genommene Bürgerschaft könne das ökonomische Dilemma aushalten. Damit aber konnte sie, ebenso wenig wie Rainer Forst (Frankfurt), zu keinem finalen, synthetischen Ende kommen, wie es Yves Sintomer noch in Aussicht gestellt hatte. Forsts Gedanken zu *Power, Deliberation, and Contestation* waren somit natürlich auch mehr als inhaltlicher Beitrag zu verstehen, der die drei Konzepte zu einer demokratisch gehaltvollen Konstellation herausarbeitete.

Dass es aber zu keiner Lösung oder Synthese kam, kann nicht als Schwäche verstanden werden. Das ohnehin vielleicht überambitionierte Tagungsprogramm – sowohl inhaltlich wie auch vom reinen Umfang und der Beitragsdichte her – konnte dieses schlicht nicht leisten. Denn schließlich zeigt sich nicht nur die Spannung zwischen Demokratie und Widerstand als ein Widerspruch oder Konflikt, der nicht nur schwer, sondern unmöglich aufzulösen ist. Dies deutet vor allem auf die grundlegende Kondition dieser Begrifflichkeiten, deren Verhältnis sich eher als Derrida'sche Unmöglichkeit als Bedingung entpuppt, denn als dialektische Synthese. Das lässt wieder an Godards Montage denken, welche es eben zu ihrer Eigenheit macht, die Synthese zweier Elemente gerade im Dunkeln beziehungsweise beim Betrachter zu belassen. Demnach lässt die analytische Aufarbeitung einer *Krise* und ihrer Artikulation in der Gegenbewegung natürlich Schlüsse zu und Strategien erkennen. Dass diese dann – per definitionem – irgendwo *zwischen* Marx und Foucault liegen, kann aber nicht bedeuten, dass es eine synthetische Position zwischen diesen Polen geben kann. Vielmehr führt es die Unmöglichkeit einer einzig richtigen Bewältigungsstrategie vor Augen, befreit aber nicht von der gleichzeitigen Notwendigkeit, trotzdem eine zu entwickeln. In diesem Sinne lassen sich die zahlreichen normativen Konfliktlinien, deren inkarniertes Spannungsverhältnis gerade keine dialektische Auflösung zu Tage förderte, als Ausdruck des Beitrages einer *politischen* Theorie verstehen, die – wenn sie schon, wie zum Teil aus dem Publikum ge-

fordert, keine Anleitung für die politische Linke liefern kann – zumindest die konflikthafte Auseinandersetzung als einen Eigenwert herausstellen konnte.

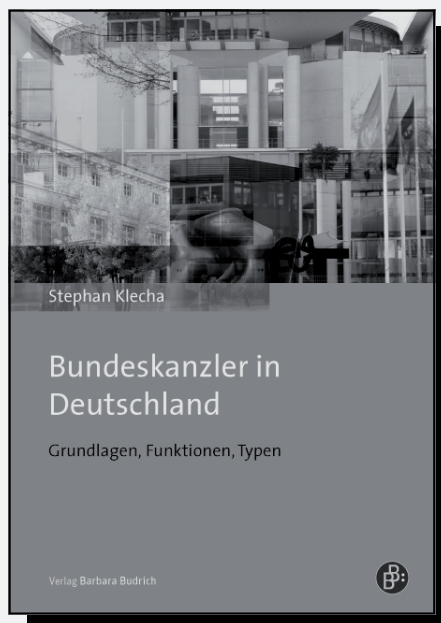
Im direkten Anschluss an die Tagung Democracy & Resistance fand vom 21.–22. Juni

2012 die internationale Graduiertenkonferenz Democracy in Crisis. Critiques of Democracy statt, organisiert von Jeanette Ehrmann, Julia Fitzthum und Andrea Härtel sowie eingebettet in die Eröffnung des Giessener Graduierten-zentrums Sozial-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften (GGS).

Kanzlerdemokratie systematisch

Stephan Klecha
**Bundeskanzler in
Deutschland**

Grundlagen, Funktionen, Typen
2012. 266 Seiten. Kart.
24,90 €
ISBN 978-3-8474-0003-5



Das Amt des Bundeskanzlers prägt in besonderer Weise das deutsche Regierungssystem. Seine starke Stellung im Verfassungsgefüge und in der politischen Praxis ist beachtlich. Versuche, die Kanzlerschaften wissenschaftlich einzuordnen, sind dementsprechend zahlreich. Auch über die bisherigen Amtsinhaber, ihre Werdegänge und Prägungen existieren etliche Darstellungen. Was bislang fehlt, ist eine unmittelbare Verknüpfung zwischen den analytischen Kategorien und den bisherigen Kanzlern. Dieses leistet das vorliegende Buch, das sich auch sehr gut für die Lehre eignet.

Wissen, was läuft: Kostenlos **budrich intern** abonnieren!
Formlose eMail an: info@budrich.de – Betreff: budrich intern

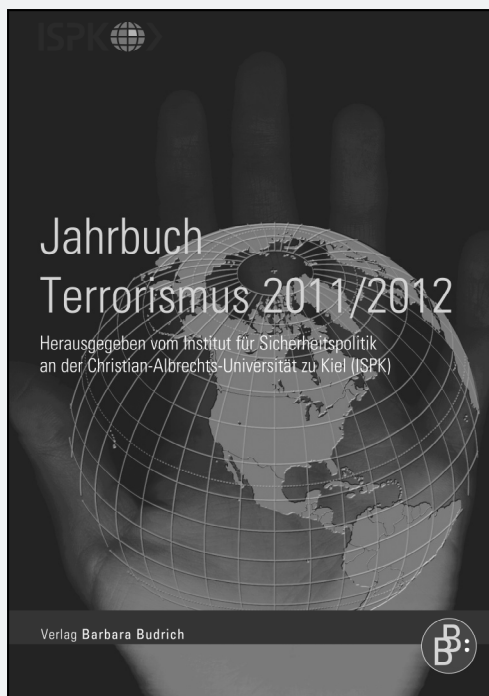


**Verlag Barbara Budrich •
Barbara Budrich Publishers**

Stauffenbergstr. 7. D-51379 Leverkusen Opladen
Tel +49 (0)2171.344.594 • Fax +49 (0)2171.344.693 •
info@budrich-verlag.de

www.budrich-verlag.de • www.budrich-journals.de

Das Standardwerk der Terrorismus-Forschung



Jahrbuch Terrorismus 2011 / 2012

Herausgegeben vom Institut für
Sicherheitspolitik an der Christian-
Albrechts-Universität zu Kiel
(ISPK)

2012. 467 Seiten. Kart.
36,00 € (D), 37,10 € (A)
ISBN 978-3-8474-0011-0

Das Jahrbuch Terrorismus 2011/2012 bietet einen breitgefächerten Überblick über die Schwerpunkte des Terrorismus weltweit. Neben der eigenen ISPK-Datensammlung werden aktuelle Trends und Entwicklungen sowie qualitative Länder- und Regionalanalysen präsentiert. Neu ist ein Abschnitt, der theoretische und methodische Fragen der Terrorismusforschung aufgreift.

Jetzt in Ihrer Buchhandlung bestellen oder direkt bei:



Verlag Barbara Budrich •
Barbara Budrich Publishers

Stauffenbergstr. 7. D-51379 Leverkusen Opladen
Tel +49 (0)2171.344.594 • Fax +49 (0)2171.344.693 •
info@budrich-verlag.de

www.budrich-verlag.de • www.budrich-journals.de